



Damit Thüringen zukunftsfest wird

Der Landtag beschloss das Vorschaltgesetz für eine Gebietsreform im Freistaat

Mit der Verabschiedung des Vorschaltgesetzes hat der Thüringer Landtag am 23. Juni den Weg für eine Gebietsreform in Thüringen freigemacht. Nach langer intensiver öffentlicher Diskussion, einem umfangreichen Anhörungs- und Abwägungsprozess wird nun ein maßgeblicher Baustein des von der rot-rot-grünen Koalition geplanten Reformprozesses gesetzt.

Vervollständigt wird das Reformwerk mit dem Grundsätze-Gesetz zur Funktional- und Verwaltungsreform, das den Übergang vom dreistufigen zum zweistufigen Verwaltungsaufbau, eine umfassende Kommunalisierung von Aufgaben und die Einräumigkeit der Verwaltung skizziert.

Entgegen allen Unkenrufen hält die rot-rot-grüne Koalition den Fahrplan, die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform im Freistaat nimmt mit der ab 1. Juli beginnenden Freiwilligkeitsphase für Gemeindegliederungen konkrete Konturen an. Das Grundsätze-Gesetz wurde in erster Lesung debattiert und soll nach den Beratungen in den Ausschüssen im Herbst verabschiedet werden.

Es geht vor allem um die dauerhafte Leistungsfähigkeit

Bei der Abstimmung im Landtag votierten 47 Abgeordnete von Rot-Rot-Grün sowie ein fraktionsloser Abgeordneter für das Vorschaltgesetz, 42 dagegen. Das Gesetz sieht vor, dass Gemeinden künftig mindestens 6.000 Einwohner haben sollen, Kreise wenigstens 130.000 und kreisfreie Städte 100.000 Einwohner. Das Land stellt Finanzhilfen von 155 Millionen Euro für stark überschuldete Gemeinden und freiwillige Fusionen, die bis Ende Oktober 2017 möglich sind, zur Verfügung.

Die mehr als sechsstündige Debatte zum Vorschaltgesetz hatte mit dem Bericht des Innenausschusses zu den Gesetzesberatungen begonnen. Gehalten wurde er von dessen Vorsitzenden, Steffen Dittes (LINKE). Er betonte das hauptsächliche Ziel der Reform: Die Sicherung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der Gemeinden und Landkreise in Thüringen vor dem Hintergrund deutlich zurückgehender Einwohnerzahlen und Finanzzuweisungen. Die Neugliederungsmaßnahmen müssten schon aus Gründen des öffentlichen Wohls vorgenommen werden. Dann ergriff Ministerpräsident Bodo Ramelow das Wort. Er bezog sich auf eine Rede

seiner CDU-Amtsvorgängerin Christine Lieberknecht, die vor sechs Jahren schon auf die Notwendigkeit von Reformen angesichts der demografischen Entwicklungen hingewiesen hatte.

Die Reform sei dringend notwendig, um Thüringen zukunftsfest zu machen. „Wir bekommen keine höhere Einnahmequote“, machte der MP auch die finanzielle Situation deutlich und betonte die Tatsache, dass Thüringen das

Aber die CDU sei im Alten verhaftet und wolle Stillstand. Mit Bezug auf den von der CDU vorgelegten Gesetzentwurf zur Einführung von fakultativen Referenden (siehe nebenstehenden Kommentar), wonach die Bürger über vom Landtag beschlossene Gesetze abstimmen und diese kippen können, erinnerte die Vorsitzende der Linksfraktion, Susanne Hennig-Wellsow in ihrer Rede zur Beschlussfassung des



Nach dem Beschluss des Vorschaltgesetzes zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen Präsentation des Werkes für die Kameras im Innenhof des Landtags durch die Fraktionsvorsitzenden (v.l.) Dirk Adams (B90/Die Grünen), Susanne Hennig-Wellsow (LINKE), Matthias Hey (SPD) sowie den Minister für Inneres und Kommunales, Dr. Holger Poppenhäger (SPD).

Bundesland mit der höchsten Zahl der Bediensteten im öffentlichen Dienst sei. Zugleich sinke die Einwohnerzahl seit Jahren. So hat Thüringen seit Beginn der 1990er Jahre 450.000 Einwohner verloren und jetzt noch 2,16 Millionen. Bis 2035 werde die Bevölkerungszahl unter zwei Millionen sinken mit der Folge auch niedrigerer Steuereinnahmen.

Längst geht es nicht mehr um das Ob der Reform

Während die CDU-Opposition Rot-Grün vorwarf, sie wollten eine Reform auf Biegen und Brechen, stellte die LINKE in der Debatte klar, dass es längst nicht mehr um das Ob der Reform geht, sondern um das Wie. „Viele Gemeinden stehen schon in den Startlöchern, um sich nach dem Vorschaltgesetz neu zu gliedern“, sagte der Kommunalpolitiker Frank Kuschel.

Vorschaltgesetzes an die bisher vor allem ablehnende Haltung der CDU zum Ausbau der direkten Demokratie in Thüringen und sprach von einer „Alibiveranstaltung, um die eigene Schwäche in der Opposition zu verklären“.

Gegner sammeln Unterschriften

Der Trägerverein „Selbstverwaltung für Thüringen“ hatte noch vor der Landtagsdebatte angekündigt, voraussichtlich Mitte August eine Unterschriftensammlung für einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens gegen das Vorschaltgesetz zu starten. Innerhalb von sechs Wochen müssen für diesen ersten Schritt 5.000 Unterschriften gesammelt werden. Danach prüft der Landtagspräsident den Antrag und entscheidet, ob das Volksbegehren zulässig ist.

(siehe auch Thema-Seite 9)

KOMMENTIERT:

von Anja Müller

Demokratiebremsen

Die LINKE-Fraktion fordert schon lange den weiteren Ausbau der direkten Demokratie auf Landesebene, auch in Sachen fakultatives Referendum, mit dem Bürgerinnen und Bürger eine Volksabstimmung über Parlamentsgesetze beantragen können. Aber das, was die CDU-Fraktion am 23. Juni im Landtag vorgelegt hat, kann in der Praxis nicht funktionieren.

Wenn hier auch der Finanz- und Abgabenvorbehalt gelten soll, wie das die CDU will, kann über die allermeisten Landtagsgesetze kein Referendum stattfinden. Denn die meisten Gesetze kosten Geld. Wenn wirksames Referendum, dann muss auch der Finanz- und Abgabenvorbehalt aus der Verfassung gestrichen werden. Der CDU-Gesetzentwurf ist „eine Mogelpackung, die nur viel Sturm im Wasserglas macht“. Die Koalitionsfraktionen sind aber zu weiteren Gesprächen mit der CDU bereit. Notwendig ist ein tatsächlich in der Praxis wirksamer Fortschritt der direkten Demokratie auf Landesebene. Ohne Abschaffung des Finanz- und Abgabenvorbehalts ist dieses Ziel aber nicht zu erreichen. Die CDU-Fraktion muss hier den Mut haben, einen wirklich entscheidenden Schritt vorwärts zu gehen.

Wenn die CDU-Fraktion schon für das Instrument des fakultativen Referendums die Frist von 100 Tagen und die Anzahl der notwendigen Unterschriften von mindestens 50.000 von der Schweizer Bundesverfassung abschreibt, dann soll sie auch konsequent sein und so wie in der Schweiz - anders als in Thüringen - schon immer üblich, auf „Demokratiebremsen“, wie den Abgaben- und Finanzvorbehalt, verzichten. Diese Vorbehalte gibt es in der Schweiz nicht und die Bürgerinnen und Bürger bzw. Gesellschaft und Politik haben damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Ein eindrucksvolles Beispiel für direkte Demokratie ohne „Abstimmungsbremse“ in Sachen Finanzen ist der neue Gotteshardbasistunnel.

In den weiteren Beratungen im Landtag muss daher nicht nur das Thema Referendum geklärt werden, sondern auch die wichtige „Baustelle“ Abschaffung Abgaben- und Finanztabu. Damit wäre Thüringen auch nicht sonderlich exotisch in Deutschland. In Bayern gibt es bei Volksbegehren und Volksentscheiden auch keinen Abgaben- und Finanzvorbehalt.

KURZ UND PRÄGNANT

Nie wieder Krieg und Faschismus!

Zum 75. Jahrestag des Überfalls der faschistischen Wehrmacht auf die Sowjetunion erklärte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende von Fraktion und Partei DIE LINKE Thüringen: Die Rote Armee und die Sowjetunion trugen die Hauptlast der Niederschlagung des Faschismus und der Befreiung Europas. Dafür gilt es bis heute, Danke zu sagen! Nie wieder Krieg und Faschismus, das ist für DIE LINKE Thüringen eine wichtige Richtlinie unserer Politik. Es ist unverständlich, warum die Bundesregierung dem Gedenken an den 75. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion kaum Beachtung schenkt. Unabhängig davon, wie man zur heutigen Politik Russlands steht, ist es eine Frage der historischen Wahrheit und des Anstands, an den Überfall auf die Sowjetunion und das folgende Leiden der Bevölkerung angemessen zu erinnern. DIE LINKE tritt gerade vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung Deutschlands für Krieg und Massenmord für einen neuen Dialog und Kooperation mit Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion ein. Auch die aktuellen NATO-Operationen an den Grenzen Russlands müssen vor diesem geschichtlichen Hintergrund besonders kritisch betrachtet werden. ■

Ausstellung im Flur der Fraktion „unterschieden“



Die Linksfraktion zeigt in ihrer Flurgalerie (4. Etage, Fraktionsgebäude) die Ausstellung „unterschieden. Über das Leben im System Asyl“. Sie ist im Rahmen eines Projekts mit Studierenden der Universität Jena entstanden, dokumentiert die Situation von Asylsuchenden in Thüringen und stellt Praktiken der Isolation und Repression geflüchteter Menschen im „System Asyl“ dar. Für die Ausstellung wurden Bilder und Statements von asylsuchenden Menschen in Thüringen im Jahr 2012 und 2013 verwendet. Sie ist modular aufgebaut und besteht aus insgesamt 21 Aufstellern. ■

Gelungener Auftakt für Bürgerdialog in Gera

Veranstaltung „Fraktion vor Ort“/Themen von der Windenergie bis zur Verkehrspolitik

Sehr positiv bewertete die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag die Auftaktveranstaltung ihres neuen Bürgerdialogs „Fraktion vor Ort“, die am 14. Juni in Gera stattfand. „Die Geraer waren inhaltlich gut vorbereitet und haben ihre Anliegen engagiert vertreten“, stellte Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow fest.

Etwa 40 Bürgerinnen und Bürger waren der Einladung der Fraktion DIE LINKE ins Pentahotel der Ostthüringer Stadt gefolgt und richteten ihre Fragen, Hinweise und auch ihre sachliche Kritik an die Abgeordneten der Landtagsfraktion.

Dabei wurden zahlreiche Themen angesprochen. Die Bandbreite reichte vom Ausbau der Windenergie in Thüringen über das beitragsfreie Kindergartenjahr, die Förderung vor allem von Langzeitarbeitslosen in Beschäftigung, die Verkehrspolitik bis zur Kreisfreiheit von Gera. Einen Schwerpunkt nahmen die

Schülerfahrten und ihre Finanzierung ein. Hier sagte Susanne Hennig-Wellsow zu, bei einem Gespräch mit Bildungsministerin Dr. Birgit Klaubert (LINKE) auf den Abbau bürokratischer Hemmnisse hinzuwirken.

Neben der Fraktionsvorsitzenden standen die in Gera direkt gewählten Landtagsabgeordneten Margit Jung und Dieter Hausold sowie der Innenpo-

stand in Gera mit Bürgerinnen und Bürgern geführt. Dieter Hausold und der wissenschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion, Christian Schaft, besuchten währenddessen die Berufsakademie – und nunmehr vom Landtag am 22. Juni beschlossene neue Duale Hochschule Gera-Eisenach.

„Als größte Regierungsfraktion werden wir uns weiter im direkten Austausch mit den Menschen engagieren“, betonte Susanne Hennig-Wellsow. Es habe sie gefreut, dass von Teilnehmern der Veranstaltung in Gera die Dialogfähigkeit und Debattenkultur der teilnehmenden Abgeordneten hervorgehoben worden seien. Zudem sei das große Interesse der LINKEN an Gera – anders als bei früheren Landesregierungen – positiv



politiker der Fraktion, Steffen Dittes, Rede und Antwort.

Bereits vor dem Bürgerdialog hatten Fraktionsmitglieder, darunter der Kommunalpolitiker Ralf Kalich, am Info-

aufgefallen.

Künftig werde es regelmäßig Veranstaltungen „Fraktion vor Ort“ in allen Regionen geben, so die Fraktionsvorsitzende abschließend. ■

Linke Bildungsministerin arbeitet Alt-Baustellen der CDU ab

Die von der CDU in der Landtagsitzung am 22. Juni geäußerte Kritik an der Bildungspolitik der Landesregierung hat der bildungspolitische Sprecher der LINKE-Fraktion, Torsten Wolf, als „pauschal und unzutreffend“ zurückgewiesen. Der Abgeordnete erinnert an viele offene Baustellen, die die rot-rot-grüne Koalition zu Beginn ihrer Arbeit übernommen hatte.

Dazu gehörten eine schwierige Altersstruktur in der Lehrerschaft, aber auch erhebliche offene Rechtsfragen, so fehlte die Umsetzung von Gerichtsurteilen bei den Klassenfahrten, und es gab rechtliche Lücken in der Absicherung des Modellprojekts bei den Horten.

Der Abgeordnete weiter: „Ungeachtet dessen hat die Landesregierung im ersten Jahr ihrer Tätigkeit eine Menge bewegt. Sie hat die Finanzierung der Freien Schulen neu geordnet, das erste Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz verabschiedet, die in einem Modellprojekt beschäftigten Hort-Erzieherinnen mit vollen Beschäftigungsanteilen in unbefristete Arbeitsverträge übernommen, das Berufsschulnetz endlich neu geordnet und mit insgesamt 1.000 Lehrern bisher so viele Neueinstellungen vorgenommen, wie

noch nie in den letzten 15 Jahren. Das ist eine gute Bilanz“, unterstreicht Torsten Wolf, der sich außerdem für die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung für alle Lehrerinnen und Lehrer aussprach: „Durch die Reduzierung der Belastung für ältere Kolleginnen und Kollegen können der zu hohe Krankenstand an den Schulen reduziert und zusätzlich neue Stellen für junge, engagierte Pädagogen geschaffen werden.“

Zusammenfassend stellte Torsten Wolf fest: „Die CDU ist im Bereich Bildung konzept- und ziellos. Ihre Kritik daran, dass die linke Bildungsministerin die Alt-Baustellen der CDU abarbeitet, läuft ins Leere.“

Völliges Eigentor

In einer Zuschrift an die UNZ/Parlamentsreport heißt es:

Die Äußerungen von Herrn Tischner (CDU) in der Landtagsdebatte zur Bildungspolitik von Rot-Rot-Grün kann ich nur mit einem Kopfschütteln hinnehmen. Wer hat denn in 24 Jahren Regierungspolitik dieses gegenwärtige Desaster zu verantworten? War es nicht die CDU, welche den Lehrerabbau in diesen Jahren zu verantworten hat? Wir haben jetzt einen Altersdurchschnitt der Lehrer von 55 Jahren, was durch

Lehrerabbau und kaum Neueinstellungen zustande kam.

Anfang der 90er Jahre wurde ein völlig rückständiges Bildungssystem aus Rheinland-Pfalz durch die CDU übernommen und ein international anerkanntes Bildungssystem abgeschafft. Aber gut, die Praxis ist jetzt, dass in Deutschland nur ca. ein Drittel der Schüler Spitzenbildung bekommt und die breite Masse bewusst Mittelmaß in der Bildung erhält.

Diese gegenwärtigen Zustände in der Bildungspolitik, welche ich durchaus auch sehr kritisch sehe, hat also in keinem Fall die jetzige Regierung zu verantworten. Im Gegenteil, endlich wurden jetzt wieder über 750 neue Lehrer eingestellt, was natürlich aufgrund der vorhandenen Situation ein Tropfen auf den heißen Stein ist.

Der jetzigen Bildungsministerin vorwerfen zu wollen, sie würde bislang in ihrer Arbeit versagt haben, ist ein völliges Eigentor und zeigt, dass die CDU keine Konzepte für die Zukunft hat. Denn inhaltliche Vorschläge zu einer Verbesserung der Lage habe ich bisher von Herrn Tischner nicht gehört.

Rainer Juhrsch
Kreisrat – DIE LINKE

Thüringen-Tourismus und „WanderKultur“

Ideen und Strategien auf der 3. Landestourismuskonferenz der Linksfraktion diskutiert

Wie es gelingen kann, im Thüringen-Tourismus eine bessere Verzahnung der Destinationen und Tourismussegmente zu organisieren, wurde am 31. Mai auf der 3. Landestourismuskonferenz der LINKE-Landtagsfraktion im Bürgerzentrum „Bertha von Suttner“ in Sömmerda diskutiert.

Der Einladung unter dem Motto „WanderKultur“ gefolgt waren u.a. Kerstin Kassner, tourismuspolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag, Georg Maier, Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft

Nach den Grußworten von Bürgermeister Ralf Hauboldt und Staatssekretär Georg Maier stellte Alexander Mayrhofer das Tourismusnetzwerk Thüringen vor, eine Internetplattform als Projekt von Politik, Vereinen, Kammern, touristischen Verbänden und Institutionen (thuringen.tourismusnetzwerk.info), die im Thüringer Tourismus eine gemeinsame Basis zum Informations- und Erfahrungsaustausch bieten soll. Im Input-Referat zur ersten Podiumsdiskussion „Wie weiter mit dem Thüringer Wald?“ sprach Petra Enders zum maßgeblich von ihr mit initiierten Rennsteigticket und Georg Maier erläuterte die Schwerpunkte des „Zukunfts-

Tourismus stellte Hagen Melzer zahlreiche Lösungsansätze und Beispiele aus dem gesamten Bundesgebiet vor. Katrin Rodrian machte sehr anschaulich, wie es gelingen kann, stereotype Sichtweisen auf eine Region einerseits für die Tourismusvermarktung zu nutzen, sie aber gleichzeitig aufzulösen. Beide Referate sowie der Videobeitrag des Kultur- und Tourismusvereins Bad Feilnbach zum „Kulinarischen Kino im Bayrischen Wirtshaus“ waren Ausgangspunkt für die zweite Podiumsdiskussion.

Die Ergebnisse der Veranstaltung sind vielfältig: zahlreiche Ideen und die Überzeugung, dass insbesondere die



(TMWWDG), Petra Enders, Landrätin des Ilm-Kreises, die Bürgermeister der Städte Sömmerda und Oberhof, Ralf Hauboldt und Thomas Schulz, die Geschäftsführerin der Thüringer Tourismus GmbH (TTG), Bärbel Grönegres, Rolf Beilschmidt, Hauptgeschäftsführer des Landessportbundes Thüringen, Ulrike Köppel, Vorsitzende des „Städte-tourismus in Thüringen“ e.V., Dagmar Köllner vom Regionalverband Thüringer Wald e.V. und weitere Beitragende und Gäste wie die Leiterin der Kulturagentur des Kulturnetzwerkes Ostfriesland, Katrin Rodian, Alexander Mayrhofer (TTG) und Hagen Melzer von der Tourismus Plan B GmbH.

konzeptes Thüringer Wald“. Petra Enders wies darauf hin, dass die endgültige Rechtssicherheit für das Erfolgsprojekt „Rennsteigticket“ und adäquater Projekte in anderen Thüringer Regionen durch eine Konkretisierung der rechtlichen Bestimmungen zur Verwendung der Kurabgaben für den Öffentlichen Personennahverkehr erfolgen muss. Dass die Landesregierung zukünftig die ganzheitliche Entwicklung des Thüringer Waldes verstärkt in den Blick nehmen wird, unter besonderer Beachtung des Aushängeschildes Oberhof betonte Georg Maier. Zum Thema der besseren Verzahnung von ländlichen und städtischen Räumen im

Qualität der touristischen Angebote aber auch der mit ihnen verbundenen Dienstleistungen in Hotellerie und Gastronomie besonderer Beachtung bedürfen. Wichtig auch, dass zur Sicherung des Fachkräftebedarfs sich die gesamte Branche nach der Devise Guter Lohn für Gute Arbeit ausrichten muss. Als Fazit gilt die alte Weisheit: Nur gemeinsam sind wir stark!

Eine ausführliche Dokumentation der 3. Landestourismuskonferenz wird in Kürze auf der Fraktionshomepage veröffentlicht.

*MdL Knut Korschewsky
Thomas Völker*

Hartz IV

Heftige Kritik äußerte Ina Leukefeld, Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik der Linksfraktion, an der vom Bundestag beschlossenen Hartz-IV-Reform: „Diese Rechtsvereinfachungen bedeuten eine massive Rechtsverschärfung. Hartz-IV-Bezieher, insbesondere Aufstocker, werden noch mehr unter Druck gesetzt und der Gängelung durch Jobcenter ausgeliefert.“ Es habe zwar einige Verbesserungen gegeben, „aber in Gänze ist dieses Gesetz voll daneben. Hartz IV lässt sich nicht verbessern, es gehört abgeschafft. Unser Ziel ist eine arbeitsfähige Grundsicherung, unabhängig von einer Bedarfsgemeinschaft.“ Nach der Abstimmung im Bundestag sind die Änderungen jetzt nur noch über den Bundesrat zu verhindern. ■

Staatsarchive

Mit dem Gesetz zur Änderung des Thüringer Archivgesetzes hat die rot-rot-grüne Koalition die Thüringer Staatsarchive zukunftsfähig aufgestellt. „Thüringen hat eine vielfältige kulturelle und historische Landschaft. Die sechs Staatsarchive fungieren als kulturelles Gedächtnis. Ihre gesellschaftliche Bedeutung kann gar nicht genug betont werden. Sie sind Träger kultureller Identität und Resultat der historischen Zersplitterung. Die Staatsarchive sind bereits auf einem guten Weg der Kooperation. Dabei wollen wir sie weiter unterstützen“, sind sich die kulturpolitischen Sprecherinnen der Koalitionsfraktionen, Katja Mitteldorf (LINKE), Dorothea Marx (SPD) und Madeleine Henfling (GRÜNE), einig. ■

Leibniz-Institut

Mit Bedauern haben die LINKE-Abgeordneten Karola Stange und Christian Schaft zur Kenntnis genommen, dass sich die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz endgültig gegen den Erfurter Standort des Leibniz-Instituts für Gemüse- und Zierpflanzenbau entschieden hat: Das trifft die Blumen- und Gartenbaustadt Erfurt schwer. Jedoch will sich die Landesregierung für einen Sonderforschungsbereich mit Bundesförderung einsetzen. Diese Verhandlungen werden nun zügig geführt werden müssen, um langfristige Planungssicherheit für die Studierenden, die Mitarbeiter und die Hochschulen zu erreichen, auch wenn in den kommenden Jahren noch Mittel fließen werden. ■

VON A BIS Z:

Duale Hochschule

Mit dem Landtagsbeschluss vom 22. Juni wandelt Thüringen die Berufsakademie in die Duale Hochschule Gera-Eisenach um. Die Wissenschaftspolitikerinnen und -politiker der Koalitionsfraktionen wünschen der zehnten Hochschule des Freistaates viel Erfolg: „Rot-Rot-Grün stärkt das duale Studium. Damit tragen wir der erfolgreichen Arbeit der bisherigen Berufsakademien Rechnung und heben sie zugleich auf ein neues wissenschaftliches Level. Wir wünschen den Studierenden, Lehrenden und Beschäftigten viel Erfolg bei diesem neuen Kapitel der Hochschulentwicklung.“

Christian Schaft (LINKE): „Die Duale Hochschule ist nun als Hochschule eigener Art in das Thüringer Hochschulgesetz integriert. Dies bedeutet neue Chancen, aber auch neue Anforderungen. Auch deswegen freut es mich, dass wir im Rahmen der Ausschussbefassung noch eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Mitbestimmung erzielen konnten. Nun sehe ich die Duale Hochschule Gera-Eisenach gut gerüstet für die kommenden Aufgaben.“

Eleonore Mühlbauer (SPD): „Durch den engen Praxisbezug des dualen Studiums wird ein wichtiger Beitrag zur Fachkräftesicherung geleistet.“

Madeleine Henfling (GRÜNE): „Wir geben den Dualen Studiengängen in Thüringen einen hochwertigen, sicheren Stand und werten damit auch unseren Hochschulstandort auf.“ ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen nach der parlamentarischen Sommerpause finden (jeweils mittwochs bis freitags) in der Zeit vom 31. August bis 2. September statt sowie vom 28. bis 30. September.

Bei Interesse an Teilnahme an einen der Termine auf der Besuchertribüne im Erfurter Landtag bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Gipfeltreffen:

Mit einem Info-Stand ist die Linksfraktion beim 18. Gipfeltreffen auf dem Schneekopf am 2. Juli, ab 10 Uhr, dabei.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

KURZ UND PRÄGNANT

Weg frei für ein Transparenzgesetz

Der Landtag hat am 23. Juni den Antrag der Koalitionsfraktionen zur Stärkung von Informationsfreiheit und Transparenz beschlossen. Die Landesregierung wird aufgefordert, bis März 2017 einen Entwurf für ein Transparenzgesetz vorzulegen. Dazu MdL Steffen Dittes: „Nach Hamburg und Rheinland-Pfalz macht auch Thüringen jetzt den Weg frei für mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung und Partizipation. Damit soll auch Politikverdrossenheit und Stimmungsmache von rechts entgegengetreten werden. Die Menschen sollen sich informieren und entscheiden können, Bereichsausnahmen und Ablehnungsgründe für Auskünfte werden auf das nötige Minimum reduziert.“ Das bisherige Informationsfreiheitsgesetz soll fortentwickelt und der Weg einer modernen öffentlichen Verwaltung weiter beschritten werden. „Mit der Einführung eines Transparenzregisters wird ein anonymer, kostenloser und für alle öffentlich erreichbarer Zugang für freie Informationen geschaffen, Thüringen orientiert sich an den Erfahrungen aus Hamburg und Rheinland-Pfalz und wird den Vorschlag für ein Transparenzgesetz vom Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit berücksichtigen.“ ■

Großes Interesse an Politikrunden



Zum Tag der offenen Tür des Thüringer Landtags am 11. Juni Ministerpräsident Bodo Ramelow am Stand der Linksfraktion im Gespräch mit der Fraktionsvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow. Wenn auch in diesem Jahr nicht ganz so viele Besucherinnen und Besucher gekommen waren - aufgrund auch eines reduzierten Programms um das Landtagsgebäude herum -, so muss doch das große Bürger-Interesse an den Politikrunden im Plenarsaal hervorgehoben werden. Rede und Antwort standen hier neben den Fraktionsvorsitzenden die fachpolitischen Sprecher zu den Themen Bürgerbeteiligung und erneuerbare Energien. ■

Mahnung und Gedenken an Rosa-Winkel-Häftlinge

Um der Rosa-Winkel-Häftlinge zu gedenken hatten sich am 19. Juni eine ganze Reihe von Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Gesellschaft in der KZ-Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald versammelt, unter ihnen der geschäftsführende Vorstand der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, Jörg Litwanschuh, der Vorstand der AIDS-Hilfe Weimar und Ostthüringen, Michael Richter, und die Landesgleichstellungsbeauftragte, Katrin Christ-Eisenwinder. Für die LINKE-Landtagsfraktion haben MdL Karola Stange, MdL Dr. Gudrun Lukin und Geschäftsführer Dirk Möller am Gedenkstein für die Rosa-Winkel-Häftlinge einen Kranz mit der Aufschrift „Die Opfer mahnen uns!“ niedergelegt.

Der Rosa Winkel steht für die homosexuellen Opfer der Nazi-Gewaltherrschaft, eine Opfergruppe die jahrzehntelang tabuisiert wurde. Der letzte Überlebende, Rudolf Brazda, starb 2013. „Etwa 10.000 homosexuelle Männer waren in Konzentrationslager verschleppt, mit dem Rosa Winkel gezeichnet, erniedrigt, gefoltert, zu Tode geschunden und ermordet worden, allein 650 waren im KZ Buchenwald inhaftiert“, sagte Michael Richter. Rudolf Brazda wurde am 18. August 1942 nach Buchenwald verschleppt und 32 Monate gequält.

In der Bundesrepublik existierte der Paragraph 175 (Strafgesetzbuch), der sexuelle Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts unter Strafe stellte, noch bis zum 11. Juni 1994. In der DDR existierte er bis 1968. Eine vollständige Rehabilitation aller nach diesem Paragraphen

verfolgten Menschen steht bisher noch aus. Bundesjustizminister Heiko Maas will noch in dieser Legislatur reagieren, wie er 2014 ankündigte. In einem aktuellen Gutachten der Antidiskriminierungsbeauftragten Christine Lüders heißt es: Der „Gesetzgeber (wird) zur Rehabilitation der Opfer des § 175 verpflichtet“.

Der Rosa Winkel steht heute für Mut, Solidarisierung und Vielfalt, das Gegenteil der damals zugewiesenen Bedeutung. Er sollte uns Mahnung sein,



uns zu erinnern, aber auch zu erkennen, wie homophobes Gedankengut in unserer Gesellschaft verankert ist. Das Massaker in Orlando im US-Bundesstaat Florida ist eines der jüngsten Beispiele homophober Gewalt. Am 12. Juni wurden 49 Menschen getötet und 53 verletzt - in einem Club, in dem sich Schwule, Lesben, Bi-, Trans- und Intersexuelle treffen.

Auf parlamentarischer Ebene erntete die AfD im Oktober 2015 Kopfschütteln, als sie per Anfrage wissen wollte, wie viele homosexuelle Menschen in Thüringen leben. Das erinnert an die Rosa Listen, die, angelehnt an die sogenannte schwarzen Listen, der Sammlung von Daten über (vermeintliche) Homosexuelle seit etwa dem 19. Jahrhundert dienten.

Als LINKE stehen wir für eine bunte Vielfalt, eine Anerkennung aller Lebens- und Liebesformen und für ein ge-

samtgesellschaftliches Bewusstsein über homophobes Handeln. Wir müssen stetig dafür streiten, Homophobie, direkte oder latente, sichtbar zu machen, zu benennen und klare Konsequenzen daraus ziehen.

Das Gedenken in Buchenwald gehörte zu den Veranstaltungen zum Christopher Street Day in Weimar (CSD).

Michael Bicker ■

Expertenkommission zum Verfassungsschutz notwendig

Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Vorsitzende der Partei DIE LINKE Thüringen, kommentierte den am 24. Juni im Parlament vorgestellten Bericht der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK):

„Der Bericht der PKK stützt unsere Auffassung, dass ein Verfassungsschutz weder notwendig noch geeignet ist, die Demokratie zu schützen.“

Der Bericht zeigt, dass die im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag formulierten Reformziele bisher nicht ausreichend umgesetzt wurden. Die vereinbarte Expertenkommission, die sich mit der Notwendigkeit und möglichen Befugnissen eines Thüringer Verfassungsschutzes beschäftigt, sollte nun zügig eingesetzt werden. Es ist Zeit, endlich mit den Kontinuitäten und Fehlern aus zwei Jahrzehnten Thüringer CDU-Geheimdienst zu brechen. Der frühere stellvertretende Thüringer SPD-Landesvorsitzende und ehemalige Wirtschaftsminister Matthias Machnig

warf dem Thüringer Verfassungsschutz 2012 ideologische Verblendung, Gleichsetzung von links und rechts und die Diskreditierung antifaschistischer Proteste vor. Heute erkenne ich kaum eine Veränderung zu den früheren Berichten der PKK, die offenbar in weiten Teilen einfach die Selbstdarstellung des Verfassungsschutzes sind. Das Amt scheint nicht reformfähig zu sein.“

Extremismus-Theorie feiert im Amt fröhliche Urständ

Im Koalitionsvertrag wurde eine Einschränkung der Rechte des Geheimdienstes sowie eine grundsätzliche Überprüfung des Dienstes vereinbart - unter anderem aufgrund der Erfahrungen aus dem NSU, dem völligen Versagen der Geheimdienste und dem V-Leute-System, durch das die Nazi-Szene gefördert wurde. Zudem sollen die in der Vergangenheit vielfach dokumentierte Diskreditierung zivilgesellschaftlich und antifaschistisch Engagierter durch den Dienst sowie die Ver-

harmlosung der Gefahren durch Neonazis durch deren Gleichsetzung beendet werden.

Susanne Hennig-Wellsow weiter: „Der Bericht macht deutlich, dass auch die wissenschaftlich unhaltbare, interessengeleitete und untaugliche Extremismus-Theorie im Amt weiter fröhliche Urständ feiert. Unreflektiert werden Begriffe und Einschätzungen per Copy & Paste übernommen.“

Die vereinbarte Revision des Berichtswesens des Verfassungsschutzes wurde offenbar nicht umgesetzt. Auch die Forderung nach einer höheren Personal- und Sachausstattung beim Thüringer Geheimdienst weise ich zurück. Die gemeinsame Vereinbarung von SPD, Grünen und LINKEN ist - trotz der zu respektierenden unterschiedlichen Positionen zur Notwendigkeit des Amtes in der Koalition -, die personelle und sachliche Ausstattung an die veränderte, sprich begrenzte, Aufgabenbeschreibung anzupassen“, so die Fraktions- und Landesvorsitzende abschließend. ■

DAS THEMA

Mehr Leistungskraft und Bürgernähe

Von Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

Selbst die Kritiker der von Rot-Rot-Grün geplanten Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreformen leugnen nicht die Notwendigkeit der Veränderungen in der Landes- und Kommunalverwaltung. Im Fokus steht also nicht das Ob sondern das Wie der Reform. Die aktuelle Umfrage des MDR belegt, wie schwierig es ist, für ein solches komplexes Reformvorhaben erfolgreich zu werben. Hier muss Rot-Rot-Grün die Kommunikationsstrategie weiter verbessern, Reserven sind da unverkennbar.

Die Reform wird nur dann von den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen, wenn die bisherigen Entwicklungshemmnisse der Landes- und Kommunalverwaltung erkenn- und erlebbar überwunden werden. Es geht also aus Bürger-Sicht um einen höheren Gebrauchswert von Verwaltungshandeln.

Im Zentrum der Reform stehen die Thüringer Kommunen. Diese sollen durch die Übertragung weiterer Aufgaben gestärkt werden. Zudem geht es um die Sicherung der finanziellen Leistungskraft und die Erhöhung der Bürgernähe.

Die Forderung der CDU und einiger Bürgermeister, Verwaltungsgemeinschaftsvorsitzenden und Landräte in Thüringen, die Reform zu verschieben, kann keine Alternative sein. Jede weitere Verzögerung kostet das Land und die Kommunen eine Menge Geld. Zudem würden Landes- und Kommunalverwaltung der rasanten Entwicklung in der Gesellschaft und in der Wirtschaft immer hinterherlaufen.

Drei „Baustellen“ muss die Reform bearbeiten

Seit 2004 hat die CDU die notwendigen Reformen verzögert und jetzt beklagt sie den Zeitdruck. Auch das ausschließliche Setzen auf Freiwilligkeit ist nicht die Lösung. Diese Freiwilligkeit hat in den letzten Jahren zu erheblichen Fehlentwicklungen gerade im Umland der Städte geführt. Hierfür trägt allein die CDU die Verantwortung. Rot-Rot-Grün wird diese Fehlentwicklungen stoppen und umkehren. Nicht zuletzt geht es uns dabei um die Stärkung der Städte, denn davon profitieren alle Gemeinden in der jeweiligen Region. Bei der Reform gilt es, drei Baustellen zu bearbeiten. Da ist zum Ersten die mittlere Verwaltungsebene des Landes, also der dreistufige Verwaltungsaufbau. In den rund 50 Landesbehörden arbeiten 18.500 Beschäftigte, die rund 23.500 Aufgaben umsetzen. Diese Behörden sind nur ganz schwer steuer- und kontrollierbar.

Zudem entwickeln diese Behörden ein erstaunliches „Eigenleben“. Sie sehen gegenüber den Bürgern, der Wirtschaft und den Kommunen nicht die Dienstleistungs-, sondern die Aufsichtsfunktion als Schwerpunkt. Diese Dreistufigkeit verursacht Zusatzkosten allein schon deshalb, weil die drei Verwaltungsebenen ständig untereinander agieren. Durch den Übergang zur

Zweistufigkeit entfallen diese Strukturkosten in erheblichem Maße. Zudem liegt der Schwerpunkt bei der Zweistufigkeit im Bereich der Dienstleistung und nicht vorrangig bei der Aufsicht.

Die Fehler bisheriger Kommunalisierungen von Landesaufgaben wird Rot-Rot-Grün vermeiden. So soll künftig die Aufgabenerfüllung in voller Verantwortung der Landkreise erfolgen und eben

Landkreise kaum Gestaltungsmöglichkeiten. Die kreisangehörigen Gemeinden müssen das über die Kreisumlage bezahlen.

Durchschnittlich müssen die Gemeinden die Hälfte ihrer Steuereinnahmen an die Landkreise abführen. Rot-Rot-Grün wird diese „Konstruktionsfehler“ der Kreise nicht einfach durch Vergrößerung beheben, sondern die

Rechnungshof hat an vielen Einzelbeispielen nachgewiesen, dass die VG ihre Aufgaben nicht in der erforderlichen Qualität wahrnehmen können. Deshalb will Rot-Rot-Grün die 69 VG in Einheits- und Landgemeinden umwandeln.

Für die Übergangsanpassungsphase gibt es das Angebot der „Großen Landgemeinde“. 2011 hat die CDU die Abschaffung der VG im Landtag beschlie-



nicht nur als Auftragsverwaltung ausgestaltet sein.

Die Landkreise können also ohne ständige Einbeziehung des Landes die Aufgaben wahrnehmen. Dies stärkt die kommunale Verantwortung und spart erhebliche Kosten, weil die Einbeziehung der Landesbehörden entfällt.

Kein Bürger muss mehr ins Landratsamt

Kommunalisierung muss auch nicht in jedem Fall bedeuten, dass die Aufgaben gleichermaßen auf alle Landkreise verteilt werden. Vielmehr können Landesaufgaben auch künftig zentral wahrgenommen werden, aber eben in kommunaler Zuständigkeit.

Die zweite „Baustelle“ sind die Landkreise. 1994 hat hier die CDU die Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion der Kreise abgeschaft. Seitdem sind die Landkreise nur noch Verwaltungsebene. Gerade einmal ein Prozent der Landkreisaufgaben betreffen die freiwilligen Ausgaben. Von Selbstverwaltung kann da ernsthaft nicht gesprochen werden. Für 85 Prozent der Landkreisaufgaben sind nicht die Kreistage zuständig, sondern nur die Verwaltung.

60 Prozent der Ausgaben betreffen Leistungsgesetze im Sozial- und Jugendhilfereich. Auch hier haben die

Aufgaben und die Finanzierung der Kreise ändern. Bisherige Landkreisaufgaben mit örtlichen Bezug, wie die Baugenehmigungen, das Gewerbewesen, das Wohngeld, die Kfz-Zulassung oder das Führerscheiwwesen, sollen auf die Gemeinden übertragen oder in Bürgerservicebüros angeboten werden.

Dadurch sind die Landratsämter künftig keine Publikumsbehörden im klassischen Sinne mehr. Kein Bürger muss mehr ins Landratsamt, sondern kann alle kommunalen Angelegenheiten in der Gemeinde erledigen lassen. Für die Bürger werden also Verwaltungswege kürzer.

Für den Übergang das Angebot der Großen Landgemeinde

Als dritte „Baustelle“ sind die Verwaltungsgemeinschaften (VG) zu nennen. Über 600 Gemeinden sind hier zusammengefasst, die Mehrzahl mit weniger als 1.000 Einwohnern. Hier wird die Finanzkraft völlig zersplittert. Für jede Gemeinde müssen alle Satzungen, im Durchschnitt 13, vorgehalten werden. Dies bindet erhebliche Verwaltungskapazitäten. Bisher haben die Verwaltungen meist weniger als 15 Beschäftigte und junge Fachkräfte finden hier kaum keine Perspektive. Der

Ben lassen und 2014 wollte die CDU innerhalb von 100 Tagen ein Gesetz zur Auflösung der VG beschließen. Jetzt fordert die CDU den Erhalt dieser ineffizienten Verwaltungsstruktur - was für ein Beispiel für politischen Populismus!

Durch den Ausbau des Ortsteils- und Ortschaftsrecht bleibt die Identität der bisherigen Gemeinden auch in größeren und leistungsfähigeren Verwaltungsstrukturen erhalten. Die Aufhebung der Kreisfreiheit berührt die Identifikation der betreffenden Städte auch nicht. Im Gegenteil, die Städte haben mehr Geld für die klassischen städtischen Aufgaben, weil die Landkreisaufgaben auf den Landkreis übergehen und dort von allen Landkreisgemeinden finanziert werden.

Weimar hat keine 250.000 Euro für das jährliche Kulturfest, aber gibt ohne zu zögern jährlich rund acht Millionen Euro für Landkreisaufgaben aus. Und rund 20 Kilometer weiter, in Apolda, gibt es für die Landkreisaufgaben die gleiche Ämterstruktur.

Der Abbau dieser Doppelstrukturen in einer Region ist im Interesse der Bürger und der Wirtschaft und setzt Gelder für Investitionen und Zuschüsse an Vereine, Verbände, an Kultur und Jugendeinrichtungen frei.

Alternative Spenden gegen Diäten-Erhöhung

Fraktionsvorsitzende der LINKEN unterstreicht Ablehnung des Diäten-Automatismus

Wie Landtagspräsident Christian Carius am 22. Juni mitteilte, steigt die monatliche Grundentschädigung der Abgeordneten um 161 Euro auf 5.357 Euro. Auch die Aufwandsentschädigung der Parlamentarier wird, abhängig von der Entfernung des Wohnortes oder des Abgeordnetenbüros zum Landtag, angehoben, sie liegt zwischen 1.900 und 2.700 Euro.

Zu dieser Mitteilung erklärte Fraktionschefin Susanne Hennig-Wellsow, dass DIE LINKE die automatische Diätenerhöhung grundsätzlich ablehnt. Da eine Verfassungsklage dagegen keinen Erfolg hatte, spenden die Abgeordneten der Fraktion seit mehr als 20 Jahren einen Teil ihrer Diätenerhöhung über den Verein „Alternative 54 Erfurt e.V.“ an soziale, kulturelle, Jugend- und Sportvereine und Projekte in Thüringen. Insgesamt wurden auf diese Art und Weise bisher 1,1 Millionen Diäten-Euro weitergegeben.

Spende an Stadtjugendring für „Hip-Hop trifft Minnesang“

Eines der jüngsten Beispiele für Spendenübergaben war der Termin am 20. Juni, den die Sprecherin für Jugendpolitik der Linksfraktion, Kati Engel, beim Stadtjugendring Eisenach hatte, wo sie einen Scheck der Alternative 54 e.V. zur Unterstützung des Projektes „Hip-Hop trifft Minnesang“

überreichte. Der Stadtjugendring Eisenach e. V. (SJRE) ist seit 1993 anerkannter Träger der freien Jugendhilfe. Mit seinen 16 Mitgliedsvereinen und -initiativen steht er für die bunte Vielfalt von Jugend- und Jugendverbandsarbeit in Eisenach.

Der Stadtjugendring bietet eine zentrale Anlauf- bzw. Geschäftsstelle an. Dabei stehen Serviceleistungen und Beratungsangebote für die Jugend- und Jugendverbandsarbeit, wie z. B. Materialverleih oder Unterstützung bei Projektanträgen, im Vordergrund. Dazu zählen auch Jugendbildungsangebote und Bildungsangebote für Ehrenamtliche.

Außerdem arbeitet der Eisenacher Stadtjugendring bei verschiedenen städtischen

Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche mit. So wie z. B. beim Konzert am 24. Juni „Hip-Hop trifft Minnesang“, welches der SJRE in Kooperation mit der Wartburg Stiftung und dem Camouflage Studio veranstaltet.

Anlässlich des 810jährigen Jubiläums des Sängerkettstreites hatte der Stadtjugendring zu einem Konzert di-

rekt auf dem Burghof der Wartburg eingeladen. Auch in diesem Jahr traten sechs Hip-Hop-Bands gegeneinander an. Sie hatten jeweils bis zu 25 Minuten, um ihren Beitrag zu präsentieren. Eine Jury kürte anschließend den be-



sten Act. Als Special-Act performte Doppel-U und rundete somit diesen modernen Sängerkettstreit zu einer unvergesslichen Veranstaltung ab.

Foto (v.l.): MdL Kati Engel sowie Jörg Rumpf und die Musiker Paks und Philipp Schweizer.

Thüringer Meer

Zum jetzt vorgestellten Tourismuskonzept für die Saale-Kaskaden verwies MdL Knut Korschewsky auf den 2015 im Landtag beschlossenen Antrag der Koalitionsfraktionen zur Stärkung des Wassertourismus im Generellen und der Bedeutung des größten Talsperrensystems in Deutschland im Besonderen. „Viel zu lange haben Kompetenzgerangel und das Klein-Klein der kommunalen Strukturen einer positiven Entwicklung der Region im Weg gestanden. Die neue Konzeption bietet nun die Möglichkeit, im Rahmen der gerade in der Entwicklung befindlichen Landestourismuskonzeption 2025 die Weichen für ein Aufblühen des Wassertourismus zu stellen“, begrüßte der LINKE Tourismuspolitiker die aktuellen Entwicklungen. „Für meine Fraktion kann und möchte ich den Aktiven rund um das Thüringer Meer unsere Unterstützung zusagen. Das Thüringer Meer kann eine zentrale Destination des Thüringen-Tourismus werden. Mit dem Bekenntnis zum Thüringer Meer zeigen wir klar: Thüringen ist im Tourismus nicht nur Rennsteig, Goethe und Bratwurst – Thüringens gesamte Vielfalt ist unser großer Schatz und muss ganzheitlich entwickelt werden.“

Windenergieerlass ist richtiger Schritt

„Der vom Thüringer Kabinett verabschiedete Windenergieerlass ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung“, so Steffen Harzer, energiepolitischer Sprecher der Linksfraktion. Damit werde nicht nur eine Festlegung des Koalitionsvertrages, sondern auch die versprochene Beteiligung der Bürger umgesetzt. „Mehr als 500 schriftliche Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern mit über 1.500 Unterschriften, vier regionale Windenergieforen, insgesamt 236 eingearbeitete Hinweise – all dies verdeutlicht, dass für Rot-Rot-Grün Bürgerbeteiligung kein Placebo ist.“

Der Windenergieerlass zeige, wie naturverträglich nach den geltenden Umwelt-, Naturschutz- und immissionsrechtlichen Vorschriften die Windkraft zur Sicherung der Energiewende in Thüringen ausgebaut werden könne. „Es bleibt nun nicht mehr dem Zufallsprinzip überlassen, wer, wann und wo Windenergieanlagen baut, wie das bei den CDU-geführten Vorgängerregierungen der Fall war. Das schafft für die Kommunen, die regionalen Planungsgemeinschaften und die Investoren Planungssicherheit. Auch die Festlegung der Abstandsflächen ist eine

deutliche Ansage der Landesregierung, da es nun nicht mehr möglich ist, bis auf 600 Meter an Wohnbebauungen Windkraftanlagen zu errichten, was unter dem CDU-geführten Bauministerium noch ging. Die CDU sollte nun die Realitäten anerkennen und ihren Widerstand gegen die von ihrer Kanzlerin begonnene Energiewende aufgeben“, betont der Energiepolitiker

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Wann kommt der „Höxit“?

Bei der Planung des Familienurlaubs 2016 im Spätherbst des Vorjahres war Frankreich nur kurz im Spiel: während der Fußball-Europameisterschaft wollten wir nicht dort sein (in den nächsten Jahren gern wieder). Diesmal sollte es ein ruhiger Urlaub sein – wir wählten Südengland und Cornwall. Erst in den letzten Wochen (vor allem seit dem 23.6.) wurde unter dem Stichwort „Referendum zum Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union“ klar, dass es dort gar nicht so ruhig sein würde. Eine knappe Mehrheit für den „Brexit“ – und nun? Welche Auswirkungen hat das auf Touristen wie uns? Zunächst keine: Geld umtauschen musste man ohnehin (der Wert des britischen Pfunds ist durch die Turbulenzen übrigens gesunken), sich bei der Einreise ausweisen meist auch.

In Südengland und Cornwall (sowie Wales) haben die Menschen besonders deutlich für den Austritt aus der EU gestimmt. Ohne EU wähnt man sich größer. Doch wann der „Brexit“ kommt, ist offen. Dem Ja folgt zudem – so melden die Medien – das Bedauern vieler Befürworter über ihre Entscheidung („Bregret“). Man wird sehen. In Großbritannien soll jetzt allerorten Reue angesagt sein. Möglicherweise hängt sie damit zusammen, dass den Briten klar wird, möglicherweise einen Premierminister Boris Johnson zu bekommen, der physiognomisch an Donald Trump erinnert. Womöglich kommt es gar zu einem neuen Referendum. Demokratie ist eben schwierig. Schottland liebäugelt ohnehin mit einem erneuten Referendum zum Austritt – aus Großbritannien (um in der EU bleiben zu können). Nordirland werden Ambitionen zu einer Vereinigung mit der Republik Irland nachgesagt. Aber England und Wales bleiben dann trotzdem nicht allein. Im Thüringer Landtag hat auch Björn Höcke quasi seinen Austritt aus der EU erklärt („Höxit“?).

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTs keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.